

Zusammenfassung der Befragungsergebnisse

1. Zur Durchführung der Befragung

In der Zeit vom 01. bis 26. Februar 2018 waren 6.960 Bewohnerinnen und Bewohner in Tiergarten-Süd aufgerufen, sich an einer Befragung zur Situation im Kurfürstenkiez zu beteiligen.

Die Befragten leben im zwischen Lützowplatz und Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße im West und der Bezirksgrenze an der Flottwellstraße im Osten und zwischen Landwehrkanal (Schöneberger Ufer) und der Bezirksgrenze an der Kurfürstenstraße im Süden.

Befragt wurden alle Personen über 16 Jahre unabhängig von der Staatsangehörigkeit und damit auch der Wahlberechtigung zum Deutschen Bundestag oder der Bezirksverordnetenversammlung, die jüngsten Befragten waren damit 16 Jahre alt, die älteste Befragte im Gebiet 107 Jahre.

An die Befragten wurde mit einem personalisierten Anschreiben von Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel ein Fragebogen versandt. Dieser war mit einem personalisierten Online-Code versehen. Damit konnten sich die Befragten entweder online oder handschriftlich auf dem Fragebogen an der Befragung beteiligen. Der Fragebogen konnte bei der Stadtteilbibliothek Tiergarten-Süd in der Lützowstraße abgegeben werden, so dass mit der Beteiligung an der Umfrage keinerlei Kosten verbunden waren.

672 der persönlichen Briefe mit dem Fragebogen konnten nicht zugestellt werden. Dies entspricht einem Anteil von 9,7 Prozent. Zum Vergleich waren Informationen zu den Berlin-Wahlen 2017 recherchiert worden: Danach hatte Berlin-Mitte insgesamt 204.769 Wahlberechtigte, nach Rückmeldung der Landeswahlleiterin waren dort 15.698 Wahlbenachrichtigungen nicht zustellbar. Dies entspricht ca. 7,66 % der versendeten Benachrichtigungen.

Einzelne Nachfragen von Bürger_innen zu nicht zugestellten Fragebögen wurden durch die erneute Zusendung des zurückgesandten Fragebogens befriedigt.

2. Entwicklung des Fragebogens

Der Fragebogen wurde im Oktober und November 2017 durch Herrn M. Döring, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Public und Nonprofit Management der Universität Potsdam gemeinsam mit dem Bezirksamt Mitte entwickelt.

Im Rahmen des politischen Abstimmungsprozesses wurde der Fragebogen sowohl der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin (Fachausschuss: Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Ordnung und Gleichstellung) als auch dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg vor der Durchführung der Befragung zu Verfügung gestellt und in einzelnen Bereichen entsprechend verändert.

3. Einhaltung des Datenschutzes

Jeder Fragebogen wurde mit einem Online-Code und hinsichtlich der Reihenfolge der erfragten Störungen bzw. der Bewertung der vorgesehenen Maßnahmen mit einer veränderten Reihenfolge versehen.

Der Online-Code dient dazu, dass eine Beteiligung auch auf der Homepage der Universität Potsdam möglich war. Dabei wurde dieser Online-Code zu keinem Zeitpunkt mit den Personen- und Adressdaten verknüpft. Das personalisierte Anschreiben und der mit dem Code versehene Fragebogen wurden erst in dem Augenblick des Kuvertierens zusammengebracht. Diese Informationen sind nicht notiert worden und können nicht nachvollzogen werden. Damit wurde die Anonymität der Befragten sichergestellt.

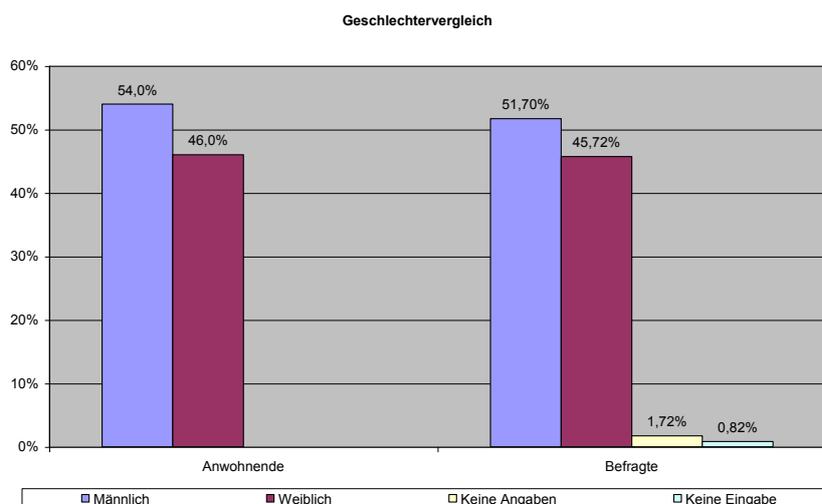
Bei der Online-Befragung wurden IP-Adresse oder Beantwortungszeit nicht mit erfasst und sind nicht Bestandteil der Auswertung. Einzelne Befragte, die den Fragebogen an das Bezirksamt über die Bibliothek Tiergarten-Süd oder direkt zurücksandten, haben dabei auch das Anschreiben beigefügt oder ihren Namen auf dem Umschlag angegeben. Diese Informationen wurden vom Fragebogen vom Fragebogen getrennt.

Die eingegangenen Fragebögen wurden eingescannt an die Universität Potsdam weitergeleitet und mit den Ergebnissen der Online-Befragung in einen gemeinsamen Datensatz zusammengefügt.

4. Die Befragungsergebnisse sind repräsentativ

Insgesamt haben sich 1.112 Personen an der Befragung beteiligt. Einige weitere Fragebögen gingen erheblich nach dem Ende des Befragungszeitraums beim Bezirksamt Mitte ein und konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

Bei 6.960 angeschriebenen Personen und davon 672 nicht zustellbaren Briefen ergibt sich damit eine Beteiligung von 17,7 Prozent.



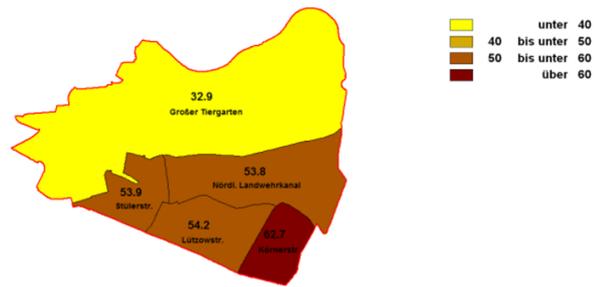
Zehn Datensätze aus der Online-Befragung enthalten keine Eingaben, sie werden bei der weiteren Auswertung nicht berücksichtigt.

Die Verteilung der Befragten hinsichtlich der Merkmale Geschlecht, Straße und „Migrationshintergrund“ entspricht der Verteilung in der Gesamtgruppe, daher kann davon ausgegangen werden, dass die getroffenen Aussagen repräsentativ sind:

Sowohl bei den Anwohnenden als auch bei den Antwortenden gibt es mehr Männer als Frauen. In der Gruppe der Befragten sind 54,0 Prozent Männer und 46 Prozent Frauen gemeldet. Bei den Antwortenden geben 51,7 Prozent an, männlich zu sein, 45,7 Prozent sind weiblich, 1,7 Prozent haben „Keine Angaben“ angekreuzt und 0,8 Prozent machten keine Angaben.

Deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an	43,9 %
Deutsche Staatsangehörigkeit später erworben oder von Geburt an und Eltern im Ausland geboren	40,7 %
Keine deutsche Staatsangehörigkeit	11,1 %
Keine Angaben	4,4 %

Abb. 4: Anteil der EW mit Migrationshintergrund an EW gesamt in %



Quelle: Bezirksregionenprofil 2016

Auch hinsichtlich des Migrationshintergrunds sind die Antwortenden repräsentativ für den Kiez. Es wurden zwei Fragen gestellt, die sich auf die Migrationsgeschichte der Befragten bezogen. So wurde gefragt, inwieweit die deutsche Staatsangehörigkeit zum Zeitpunkt der Geburt oder später erworben wurde. Weiterhin wurde erfragt, inwieweit die Eltern im Ausland geboren wurden. Dies stellt eine deutlich vereinfachte Frage im Vergleich zur Definition des Migrationshintergrund nach § 2 des Partizipations- und Integrationsgesetz des Landes Berlin dar.

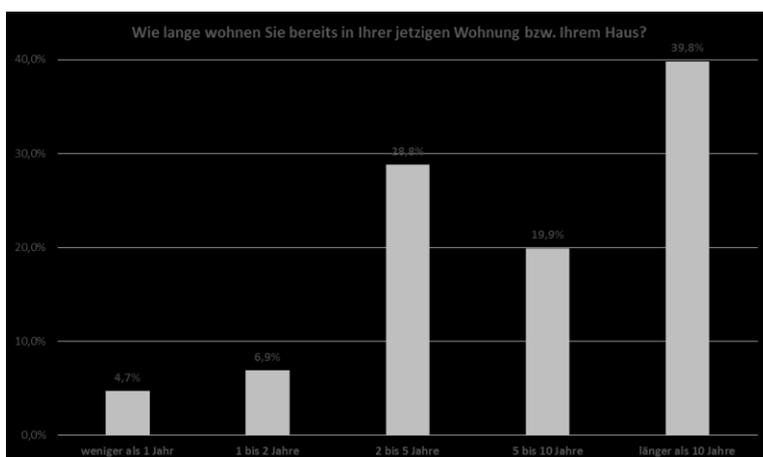
So gaben 43,9 Prozent der Befragte an, dass sie die deutsche Staatsangehörigkeit seit ihrer Geburt haben und auch ihre Eltern nicht im Ausland geboren wurden. Demgegenüber haben 40,7 Prozent angekreuzt, die deutsche Staatsangehörigkeit später erworben zu haben oder ihre Eltern sein im Ausland geboren.

11,1 Prozent der Befragten haben keine deutsche Staatsangehörigkeit, 4,4 Prozent machten keine Angaben.

Das Bezirksregionenprofil Tiergarten-Süd aus dem Jahr 2016 gibt für insgesamt 13.938 Einwohner_innen in der Bezirksregion einen Anteil von 43,5 Prozent Deutsche ohne Migrationhintergrund an, weiterhin 21,0 Prozent Deutsche ohne Migrationshintergrund und 35,5 Prozent Ausländer_innen. Hinsichtlich der Verteilung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ist die Befragung damit repräsentativ, bei einer Verschiebung innerhalb der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund zugunsten der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

5. Identifikation mit dem Kurfürsten-Kiez

Während die Befragung hinsichtlich der soziodemographischen Daten und der Verteilung auf die



Straßen repräsentativ ist, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Befragten sehr mit dem Kiez engagieren und sich mehrheitlich Menschen beteiligt haben, die seit vielen Jahren im Kiez leben. Dagegen kann eine geringere Beteiligung von Menschen unterstellt werden, die kürzer im Kiez wohnen.

So wohnen 39,8 Prozent der Befragten zehn und mehr Jahre im

Kiez. Weitere 19,9 Prozent leben fünf bis zehn Jahre im Kurfürstenkiez. Vergleichsdaten aus den Meldedaten liegen nicht vor, deren Aussagefähigkeit muss aber angesichts der Rücksendung von rund einem Zehntel der Briefe in Zweifel gezogen werden.

Diese Verschiebung zugunsten einer längeren Wohndauer kann sicher auch in einem Zusammenhang mit einer Verzerrung hinsichtlich der Alterszusammensetzung gesehen werden: Die Altersgruppe der 36 bis 45-Jährigen (19 statt 17 Prozent), der 46 bis 60-Jährigen (32 statt 25 Prozent) und der 61 bis 75-Jährigen (19 statt 15 Prozent) sind jeweils überrepräsentiert.

Unterrepräsentiert sind die jüngeren Menschen, so haben nur 7 Prozent der Befragten angegeben, 16 bis 25 Jahre alt zu sein, in der Gruppe der angeschriebenen Personen, machen sie fast 15 Prozent aus.

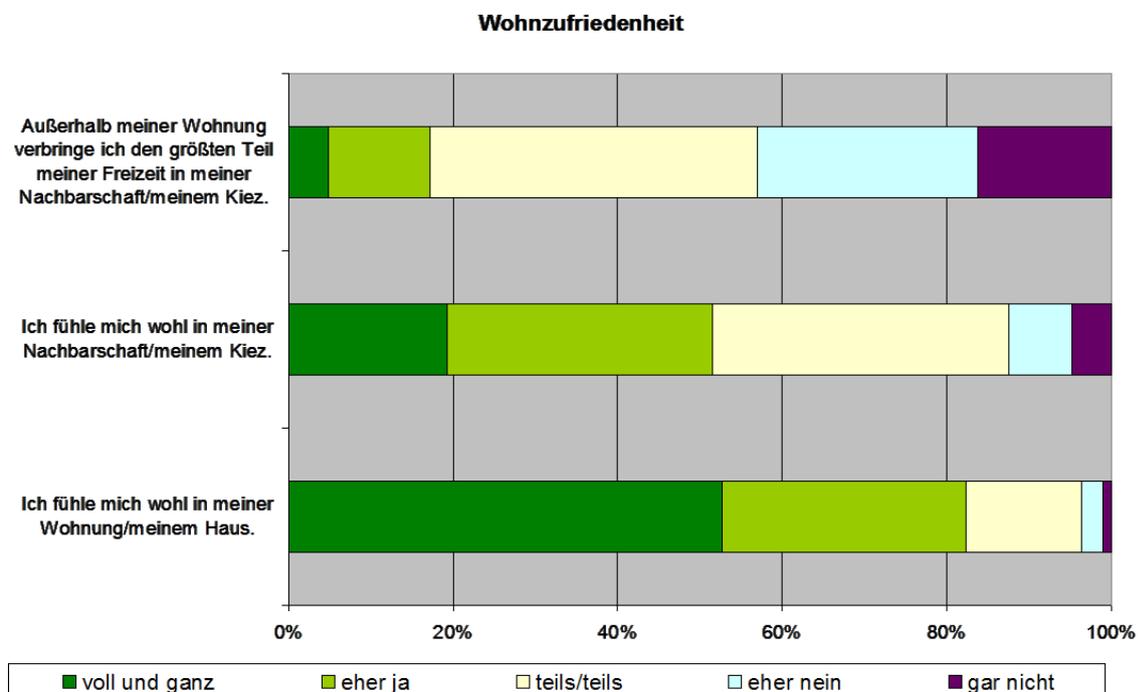
6. Großes Wohlfühlen im Kiez – aber kein Kiez, wo man den Tag verbringt

Mit der Wohndauer und der Altersstruktur der Antwortenden könnte daher im Zusammenhang stehen, dass insgesamt 80 Prozent der Befragten der Aussage „Ich fühle mich wohl in meiner Wohnung/meinem Haus“ entweder voll und ganz oder überwiegend zustimmen.

Ebenfalls über 50 Prozent stimmen der Aussage „Ich fühle mich wohl in meiner Nachbarschaft/meinem Kiez“ überwiegend oder voll und ganz zu, dies ist also ein deutlich niedrigerer Wert.

Noch stärker fällt die Zustimmung zu der Aussage „Außerhalb meiner Wohnung verbringe ich den größten Teil meiner Freizeit“ dahinter zurück.

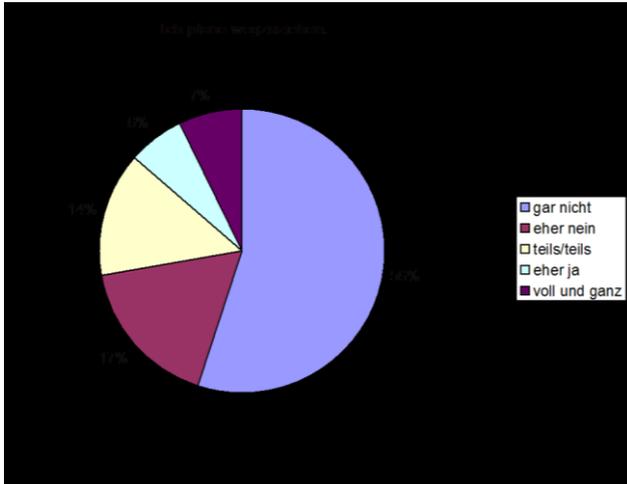
Weniger als zehn Prozent stimmen dieser Aussage voll und ganz zu. Insgesamt teilen weniger als 20 Prozent der Befragten diese Aussage überwiegend.



Es kann vermutet werden, dass in anderen Teilen von Mitte diese Aussage vollkommen anders bewertet wird und ein wesentlich größerer Teil der Menschen ihre Freizeit auch in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung verbringen.

7. Kein Umzugswunsch bei den Befragten

Die vermutete Identifikation der Befragten mit dem Kurfürstenkiez zeigt sich am deutlichsten in der Frage, ob sie konkret einen Umzug planen.



Auch wenn ein veränderter Wohnungsmarkt in der letzten Zeit sicher viele Umzugswünsche auf die lange Bank geschoben hat, sind rund 56 Prozent der Befragten sicher, dass sie „gar nicht“ umziehen wollen.

Das entspricht einer hohen Zufriedenheit einer langjährigen Bevölkerung mit „ihrem“ Kiez, in dem sie wohnen und wohnen bleiben wollen und gibt auch ihren Wünsche an Veränderungen einen notwendigen Nachdruck.

8. Sauberkeit und Sicherheit als wichtigste Wünsche für die Befragten

Um die persönlichen Prioritäten der Anwohnenden hinsichtlich des Kurfürstenkiez kennenzulernen, wurde erfragt, welche Gründe es für einen Umzug geben könnte.

Insgesamt wurden dazu neun Optionen angeboten, die eine Umzugsmotivation begründen könnten. Dabei wurden sowohl unmittelbare Belange der Wohnung (günstiger, besser) oder andere externe Faktoren (familiäre oder berufliche Gründe) erfragt.

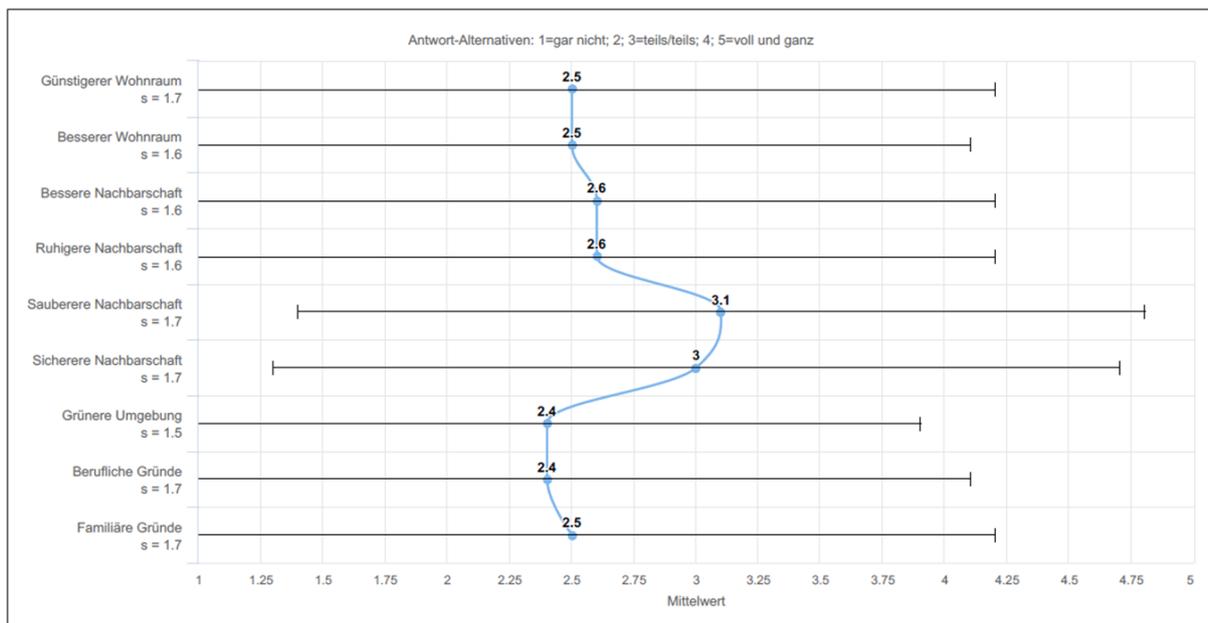


Abbildung 6 – Profilliniendiagramm: Wenn Sie wegziehen würden, was wären Gründe hierfür?

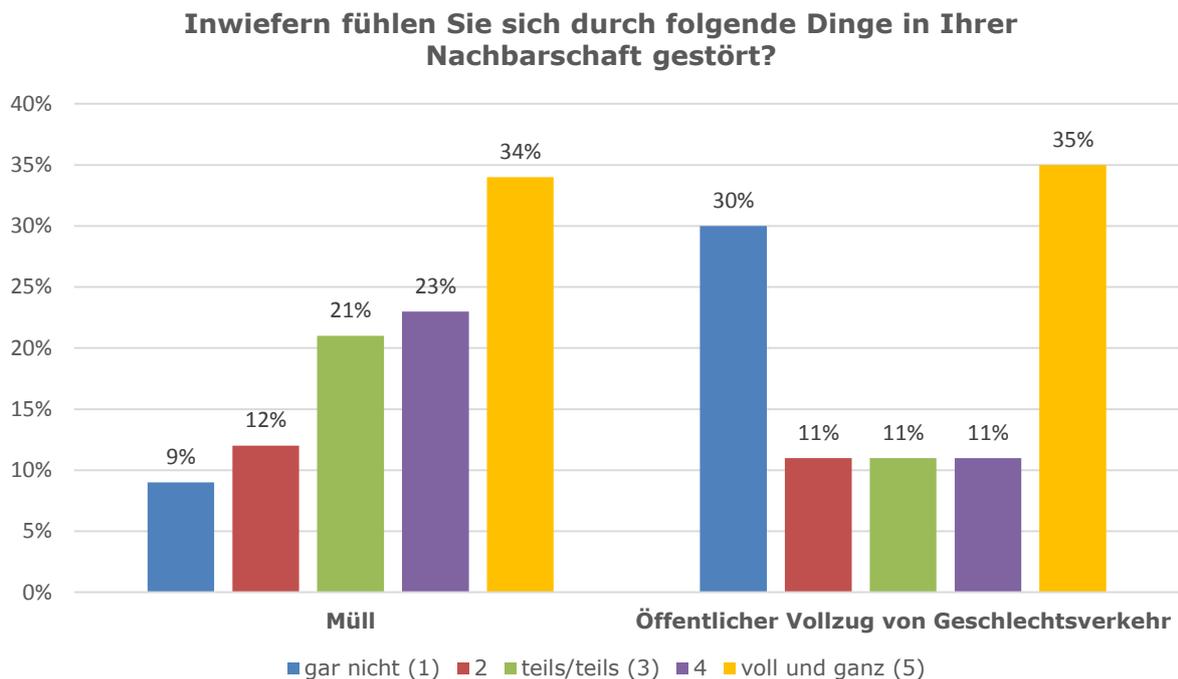
Fast alle Faktoren erreichten geringfügig abweichende Mittelwerte zwischen 2,4 und 2,6 lediglich die „Sauberere Nachbarschaft“ (3,1) und die „sicherere Nachbarschaft“ (3,0) erreichte deutlich höhere Werte und ist für die Menschen in Tiergarten Süd bedeutend.

9. Polarisierung bei der Prostitution

Eine Besonderheit bei der Befragung stellt die hohe Polarisierung der Antworten hinsichtlich der Prostitution dar. Hier muss vermutet werden, dass die Bewertung der Prostitution nach der langen Geschichte im Kiez und den intensiven Diskussionen alleine in den vergangenen zehn Jahren die Antworten beeinflusst.

Stellt man die Antworten zu den Störfaktoren „Müll“ und „öffentlicher Vollzug von Geschlechtsverkehr“ einander gegenüber, wird deutlich, dass nur bei den Prostitutionsbezogenen Störungen fast genauso viele Menschen sich nicht gestört fühlen, wie sich auf der anderen Seite gestört fühlen.

Dieser Umstand ist weiter zu untersuchen.



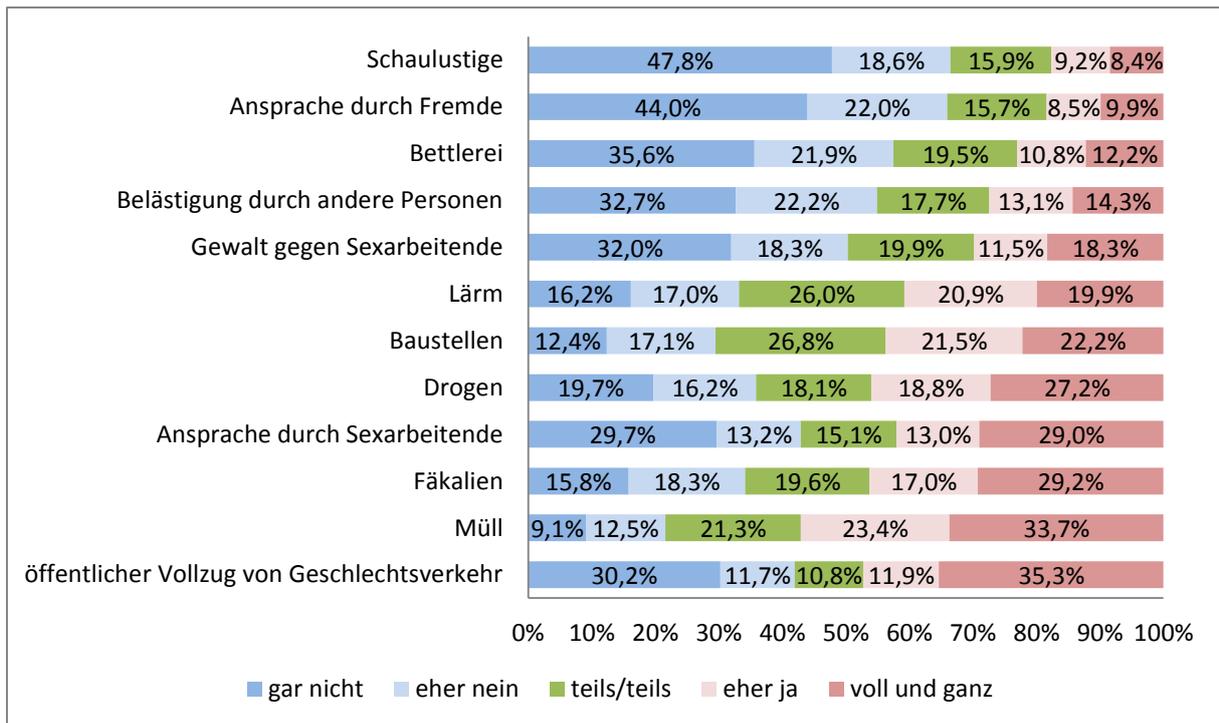
10. Wovon fühlen sich die Anwohner_innen im Kurfürsten-Kiez gestört?

Insgesamt wurden zwölf Störfaktoren ausgewählt, von denen drei unmittelbar mit Prostitution im Zusammenhang stehen. Dagegen sind Lärm, Baustellen, Bettelei oder Müll typische Probleme, die auch in vielen anderen Bereichen der Stadt feststellbar sind.

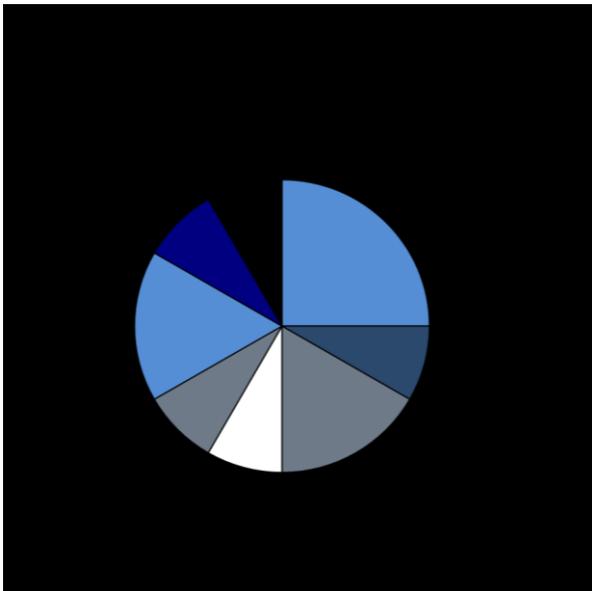
Diese Störfaktoren konnten jeweils auf einer fünfstufigen Skala zwischen „gar nicht“ über „teils/teils“ bis zu „voll und ganz“ bewertet werden.

Wichtigste Störfaktoren sind „öffentlicher Vollzug von Geschlechtsverkehr“ (35,3 Prozent), Müll (33,7 Prozent), Fäkalien (29,2 Prozent) und Ansprache durch Sexarbeitende (29 Prozent).

Bei den beiden genannten Störfaktoren, die im Zusammenhang mit Prostitution stehen, geben jeweils rund 30 Prozent an, dass sie sich „gar nicht“ gestört fühlen. Damit ergibt sich eine klare Polarisierung bei dieser Beantwortung.



11. Zwischen 22 Uhr und Mitternacht fühlen sich 60 Prozent der Anwohnenden gestört



Die Befragten konnten jeweils Zeitfenster auswählen, zu denen sie sich gestört fühlten. Diese Zeitfenster umfassten zwischen zwei und sechs Stunden und orientierten sich an den Belangen insbesondere von Kindern und Jugendlichen.

So werden die stärksten Störungen zwischen 22 Uhr und Mitternacht wahrgenommen, in diesem Zeitraum geben 59 Prozent an, dass sie sich gestört fühlen. Auch zwischen 20 und 22 Uhr fühlen sich 49 Prozent gestört.

Jeweils rund 40 Prozent geben an, dass sie sich zwischen 16 und 20 Uhr bzw. Mitternacht und 6 Uhr morgens gestört fühlen.

Das deutlich niedrigere Gefühl, gestört zu werden, das die Befragten tagsüber berichten, wird darauf zurückgeführt, dass die meisten Befragten sich tagsüber nicht im Gebiet aufhalten.

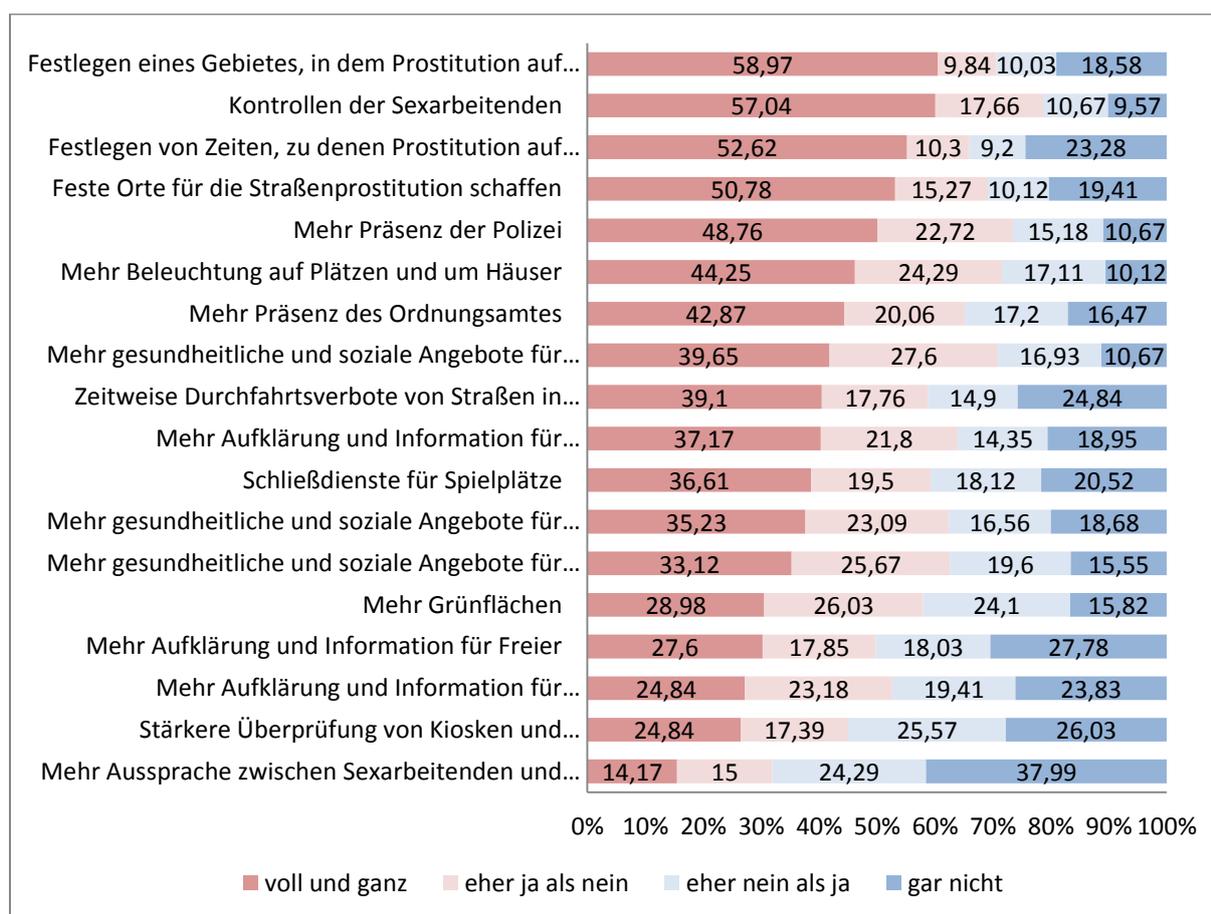
12. Welche Maßnahmen halten die Anwohner_innen im Kurzfürsten-Kiez für wünschenswert?

Rund 60 Prozent der Befragten stimmen den Aussagen „Festlegen eines Gebietes, in dem Prostitution auf der Straße verboten ist“ (59,0 Prozent) sowie „Kontrolle der Sexarbeitenden“ (57,0 Prozent) voll und ganz zu.

Etwa 50 Prozent stimmen voll und ganz den Aussagen „Festlegen von Zeiten, zu denen Prostitution auf der Straße verboten ist“ (52,6 Prozent), „Feste Orte für die Straßenprostitution schaffen“ (50,8 Prozent) und „Mehr Präsenz der Polizei“ (48,8 Prozent) zu.

Die genaue Ausrichtung der Wünsche, wie Orte und Zeiten festgelegt werden sollen, wird teilweise aus den Vorschlägen der Befragten deutlich, stellt aber ein sehr großes Spektrum möglicher Maßnahmen dar. So kann die Festlegung eines Gebietes einerseits die Berücksichtigung von Kinder- und Jugendeinrichtungen oder die Ausweisung eines berlinweiten Sperrgebietes bedeuten, für das es in Berlin derzeit keine Rechtsgrundlage gibt.

Eindeutig abgelehnt wurde die Maßnahme „Mehr Aussprache zwischen Sexarbeitenden und Anwohnenden“ (14,2 Prozent für voll und ganz).



13. Mehr als 740 Ideen, Wünsche und Anregungen

Alle Befragten hatten die Gelegenheit, ihre Ideen und Vorschläge, die nicht in einem Zusammenhang mit Fragen und Themen der Befragung stehen mussten, im Rahmen der Befragung zu äußern. Insge-

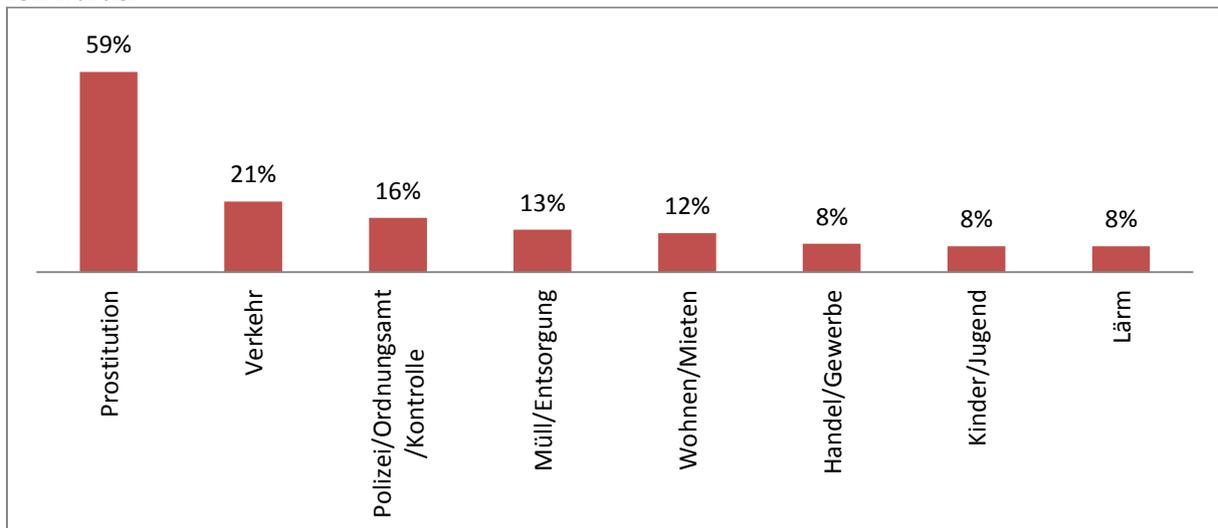
samt haben über 740 Befragte und damit rund 70 Prozent die Gelegenheit wahrgenommen, weitere Hinweise und Impulse zu geben.

In wenigen Fällen handelt es sich um kurze Stichworte, vielfach sind es umfangreiche Wünsche, in Einzelfällen sogar beigefügte Fotos.

Die Auswertung der Freitexte erfolgt derzeit noch. Insbesondere werden die Hinweise zu veränderter Verkehrssituation, Beschwerden über Geschäfte und Gaststätten und vieles andere mehr an die zuständigen Fachämter weitergeleitet und geprüft werden. Da es sich um sehr viele einzelne Impulse handelt, wird die Prüfung erst in acht bis zehn Wochen abgeschlossen sein.

Inhaltlich ergibt sich jedoch bei den thematisch ausgewerteten Ideen und Anregungen aus den schriftlich auf Papier vorgelegten Fragebögen eine erste Prioritätenliste. 59 Prozent der Impulse beschäftigen sich mit dem Thema Prostitution, 21 Prozent mit Verkehr, 16 Prozent wurden dem Bereich „Polizei, Ordnungsamt, Kontrolle“ zugeordnet, 13 Prozent beschäftigen sich mit Müll und Entsorgung.

Ein wesentlicher Aspekt ist das Thema Wohnen und Mieten, das in 12 Prozent der Impulse aufgegriffen wurde.



14. Gründe für die Umfrage

Die Bezirksverordnetenversammlung hat mit dem Beschluss über den Bezirkshaushaltsplan 2018/2019 jeweils 100.000 eingestellt. Der Sperrvermerk lautet: „Im Haushaltsjahr 2018 und 2019 sind jeweils 100.000 Euro gesperrt. Die Freigabe durch den Hauptausschuss der BVV erfolgt unter der Bedingung der Vorlage eines umsetzbaren Konzeptes für die Einführung des Platzmanagements im Bereich Kurfürstenstraße.“

Aus mehreren bürgerschaftlichen Gremien, die sich teilweise nur zur Beschäftigung mit dem Thema Prostitution gegründet haben, liegt eine Vielzahl von Bestandsaufnahmen und Maßnahmenvorschlägen vor, die nur teilweise übereinstimmen.

Angesichts der großen Summe, die die Bezirksverordnetenversammlung zur Verfügung gestellt haben, hält das Bezirksamt eine vollständige Bestandsaufnahme der möglichen Problembereiche im südlichen Teil der Bezirksregion für erforderlich.

Die Bevölkerungsbefragung der gesamten gemeldeten Wohnbevölkerung ab 16 Jahren im Bereich zwischen Lützowplatz, Landwehrkanal und der Bezirksgrenze zu Tempelhof-Schöneberg und Fried-

richshain-Kreuzberg dient dazu, die Einstellung und Prioritäten der Bevölkerung in die Diskussion einzubringen.

Weiterhin sollen auch von Menschen, die sich bisher nicht an den öffentlichen Diskussionen oder bürgerschaftlichen Arbeitsgruppen beteiligt haben, Ideen und Anregungen in die Diskussion eingebracht werden können.

15. Nächste Schritte

Die Ergebnisse der Befragung liegen seit wenigen Tagen dem Bezirksamt Mitte vor und werden derzeit detailliert ausgewertet und bewertet. Dabei ist dem Bezirksamt die Einbeziehung der Öffentlichkeit, der örtlichen Bevölkerung und insbesondere der Bezirksverordnetenversammlung wichtig.

Am 09. April 2018 wurden die Ergebnisse der Presse am Nachmittag und in einer Informationsveranstaltung am Abend der Öffentlichkeit vor Ort vorgestellt. Mit dieser Reihenfolge soll erreicht werden, dass die Anwohnenden im Mittelpunkt einer eigenen Veranstaltung stehen, und deren Anliegen und Anmerkungen im Fokus stehen.

Es sind weiterhin Gesprächstermine mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg zur frühzeitigen Information verabredet worden.

Auch mit den bürgerschaftlichen Gruppen, die sich mit dem Thema Prostitution, mit Betroffenen und ehrenamtlich Engagierten sind in den vergangenen Wochen umfangreiche Gespräche geführt worden bzw. es sind nach Vorliegen der Ergebnisse der Befragung Gesprächstermine verabredet worden. Die Zielsetzung ist, möglichst viele Sichtweisen in die Interpretation der Ergebnisse einfließen zu lassen.

Am 23. April 2018 wird in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Ordnung und Gleichstellung der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin das Ergebnis dieser Untersuchung und der Gespräche mit den Grundzügen des Konzeptes für das „Platzmanagement Kurfürstenstraße“ vorgestellt werden.

Die Ergebnisse dieser Diskussion werden dann in das endgültige Konzept eingehen, das am 08. Mai 2018 dem Hauptausschuss der BVV mit der Bitte um Freigabe der Mittel vorgelegt wird.

Das Bezirksamt geht davon aus, dass eine Freigabe der Mittel im Mai erforderlich ist, um eine sinnvolle und erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen und Bewirtschaftung der zur Verfügung stehenden Mitteln zu erreichen.

Das Bezirksamt Mitte wird die Ergebnisse auch in den auf Landesebene vorgesehenen Runden Tisch Prostitution einbringen.